

Laale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenvermittler. Erfüllungsort: Halle, Erbsheim täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Geschäftsstelle und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, St. Draubaustr. 17. Lieben-Geschäftsstellen: Große Marktstr. 22 und Markt 24. Postfach-Konto täglich Nr. 222 16.

Bezugspreise:

Das halbe monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post monatlich 2.25 Mark, vierteljährlich 7.25 Mark, einjährlich 27.00 Mark. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsgewerkschaftsunterstützung eingetragene. Für unentgeltlich empfangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Laale-Zeitung, Verleger, Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Redig. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Redig. Nr. 1135.

Nr. 374.

Halle, Freitag, den 12. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Ein Ultimatum Lloyd Georges an Briand?

Vor dem Bruch der Entente?

In den letzten Tagen sind wir mit einer solchen Fülle sich widersprechender Nachrichten aus Paris überflutet worden, daß es schwer war, den Lesern ein einigermaßen zuverlässiges Bild von dem wirklichen Stand der Dinge zu geben. Alles, was nach Stimmungsmache ausah, haben wir in den Bureaufort verlesen und haben es auch vermieden, überleitete Schlässe aus Paris, das offizielle deutsche Telegraphenbüro übermittelte Havas- und Reutersmeldungen zu sehen und dadurch die Geister noch mehr zu verwirren. Andererseits aber ist es doch notwendig, in den halbamtlichen Pariser Meldungen über tatsächliche Ereignisse nach dem eigentlichen Kern zu sehen und alles, was die Diplomaten nach aller, üblicher Gewohnheit zur Verdeckung der wahren Sachlage an Floskeln und Redewendungen in solche Meldungen hineinfinden, zu beseitigen.

Die Pariser Presse versucht ihre Leser glauben zu machen, daß Lloyd George in verschiedenen Richtungen von seiner ursprünglichen Ansicht abgewichen sei und wesentliche Konzeptionen an Briand gemacht habe. Das kann aber nicht stimmen, denn es scheint festzulegen, daß Lloyd George heute mittag nach London zurückkehrt. Angeht es die Regelung der irischen Frage seine dortige Anwesenheit. Selbst der „Matin“ glaubt an diese diplomatischen Schwandl nicht und ist fast es ganz offen aus, daß eine Überbetätigung der Meinungsverständlichkeiten zwischen Lloyd George und Briand noch nicht erfolgt ist, sondern beide noch wie vor an ihren Anschauungen starr festhalten. Wenn der „Matin“ davon redet, daß die beiden Staatsmänner nach Mitteln und Wegen suchen, um dem Obersten Rat nicht das Scheitern tiefergehender Meinungsverständlichkeiten zu geben und mit ruhigerer Kopie die Verhandlungen wieder aufzunehmen, so sagt das doch demjenigen gerade genug, der überhaupt noch Sinn für Realitäten des politischen Lebens hat. Und wenn Lloyd George, wie die Pariser Blätter sagten, nach dem gefrigen Frühstück auf Schloss Rambouillet, mit lächelndem Gesicht und vergnügt seine diese Blätter passend die Zeitreize herabgelassen ist, so wird er es wohl getan haben in Erinnerung an die verstorbenen Geister, die seine Konzeption bei den französischen Offizieren ausgestellt hat. Wir haben gewiß nicht viel für die Deutschfreundlichkeit des englischen Premieres übrig, aber wir halten ihn doch für einen viel zu nüchternen und viel zu selbstbildenden Diplomaten und Staatsmann, als daß er nicht erkennen sollte, daß die jeder Verwundung bare Paz- und Vernichtungspläne Frankreichs die Weltwirtschaft in den Abgrund treiben müßte. Das, was die Franzosen und Polen tun und wollen, entpringt konzentrierter Verärgertheit, geboren aus der Idee, daß Frankreich der Sieger über die Welt sei, daß die „grande nation“ überall das Vordrort haben müßte.

Bei früheren Gelegenheiten hat Briand stets bei Meinungsverständlichkeiten mit dem Ultimatum und dem Gedwus gedrückt und damit seinen Willen durchgesetzt. Nun dreht er sich einmal den Spieß um und kann das umso ruhiger, weil es die anderen Ententemitglieder und wohl auch Amerika auf seiner Seite weiß. Man darf wohl auch annehmen, daß die englischen Dominions, die in ihren Bezirken vielfach den französischen Imperialismus aus eigener Erfahrung kennen, Lloyd Georges Beistand in eine ganz bestimmte, feste Richtung gezogen haben. Sie brauchen Deutschland als Absatzgebiet und als Lieferanten und haben seine Luft, diesen Faktor in ihrer eigenen Wirtschaftslage durch den französischen Egoismus und Wuchstungen zerschlagen zu lassen.

Nach allem kann man wohl mit einiger Sicherheit annehmen, daß Lloyd George seinem Freunde Briand ein Ultimatum gestellt hat, das bis zum heutigen Vormittag angenommen werden muß, wenn nicht das Ende des Obersten Rates befehligt sein soll. Die Konzeption, die Lloyd George im Industriegebiet zu machen bereit ist, scheint sich nur auf einen schmalen Grenzbezirk zu beziehen, was aber aufzuwogen werden soll durch Entschädigungen im Ruhrgebiet. Was für sicher wesentlich vorteilhafter für Deutschland sein würden.

Briand und Loucheur haben sich denn auch infolge des Ultimatus schenklich wieder mit den französischen Sachverständigen zusammengeleitet und heute vormittag über Havas schon die Nachricht weiter, daß Briand gestern abend die britische Delegation davon überzeugt habe, daß er schließlich die Sforza-Linie annehmen werde. Das wäre immerhin ein wichtiges, wenn auch für uns nach wie vor unannehmbares Zugeständnis der Franzosen. Ob es Lloyd George genügen wird, will uns aber nach Lage der Dinge zweifelhaft erscheinen. Lord Curzon, der als rechte Hand Lloyd Georges nach dem besten Abreise noch in Paris bleiben wird, dürfte die Stellung kaum amtierend.

Lloyd George steht jedenfalls mit der Reichsregierung bereit. Es wird wohl des vollen Rathgebens Briands bedürfen, um den Obersten Rat nicht aufzuliegen zu lassen. Worten wir also ab, welche Nachrichten die nächsten Stunden bringen werden.

Keine Einigung zwischen Lloyd George und Briand.

Ueber den Inhalt des Berichts der Sachverständigen teilt der „Matin“ mit, daß achtzehn Industrievertreter nach der wirtschaftlichen Konzeption Oberösterreichs und ohne Rücksicht auf die Nationalität festgelegt worden seien. Von diesen hätten sechs als mit deutscher Mehrheit bezeichnet werden müssen und es sei wahr, daß sie die besiedeltesten seien und die fünf größten Städte Beuthen, Katowitz Gleiwitz, Königs hütte und Hindenburg enthalten. Die anderen, die weniger industriell seien, sowie Böhmer enthalten, die landwirtschaftlichen Betriebe dienen, scheinen ausgesprochen polnisch. Die Sachverständigen hätten sich aber dahin geeinigt, daß die Städte mit weniger Ausnahmen nicht als die wahren Industriezentren des Landes angesehen werden können, sondern daß sie besiedelt seien von Beamten und Kaufleuten, etwa wie Wolen, das im August des Jahres 1919 40 000 Deutsche gehabt habe, während jetzt nur noch 7 000 dort wohnen. Die anderen seien alle an das Land nur durch die Aufgabe der deutschen Verwaltung gebunden gewesen und infolgedessen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Briand habe Lloyd George auf diesen wesentlichen Charakter der oberösterreichischen Städte hingewiesen und zu gleicher Zeit hervorgehoben, daß das bekannte Industriegebiet, obwohl die britischen Sachverständigen im Norden und im Süden unzweifelhaft polnische Majen davon ausgehört hätten, nur 280 000 Deutsche gegen 240 000 polnische Stimmen feststellten. Wenn man also die Kreise Pleh und Kuhnitz hinzuzähle, die einen großen Teil der Kohlen und fast den gesamten Holz ergaben, dann würde das Verhältnis leicht umgekehrt sein. Briand habe in eingeklagter kommender Weise der Zurechnung des westlichen Teiles des Industriegebietes mit Gleiwitz und Hindenburg an Deutschland zugestimmt. Lloyd George sei bereits habe Polen einige kleinere Gruben an der Grenze mit ungefähr 70 000 Stimmen zusprechen wollen. Er habe nicht das Wort „Brud“ ausgesprochen und man könne nicht einmal sagen, daß er sich dieser Drohung aus eines Arguments bedient habe, aber er habe vor allem erklärt, daß die irischen Ereignisse seine Rückreise nach London notwendig machen könnten. Am Nachmittag nach der Rückkehr von Rambouillet habe Lloyd George mit dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi und dem italienischen Minister des Aeußeren della Sorella verhandelt. Die italienische Delegation hätte, so bemerkt der „Matin“, immer noch den Standpunkt vertretet, daß der Vorschlag des Grafen Sforza gerecht sei. Die erste Sforzalinie lasse Polen Katowitz und Beuthen. Die zweite Sforzalinie enthalte im Industriegebiet einige Städte und Dörfer, im Norden längs der polnischen Grenze dazu. Lloyd George habe angekündigt, daß er hierzu morgen einige Konzeptionen zugunsten der Polen machen werde. Dadurch hätte Deutschland nicht nur die großen Städte des Industriezentrums, sondern ungehört neun Zehntel des Industriegebietes erhalten. Briand habe Lloyd George und Lord Curzon erklärt, daß die französischen Sachverständigen ihm noch einen Bericht übermitteln würden, damit er sehe, was die neuen britischen Vorschläge bedeuteten. Außerdem habe er die Absicht ausgesprochen, den heute vormittag tagenden Ministerrat zu befragen. Darauf habe, so berichtet der „Matin“, Lloyd George erklärt, er habe durch Flugzeug aus London einen Brief erhalten, den de Valera ihm persönlich geschrieben habe. Dieser Brief mache eine sofortige Beratung des britischen Kabinetts notwendig und er habe Chamberlain ersucht, das Kabinett für Sonnabend mittag zusammenzubringen. Er sei infolgedessen veranlagt, Paris heute mittag 12 Uhr zu verlassen. Der „Matin“ fügt hinzu, es sei nicht zweifelhaft, daß Lloyd George sich dieses Wortandes bedient habe, um dem Obersten Rat nicht das Scheitern zu tiefergehenden Meinungsverständlichkeiten zwischen England und Frankreich zu geben. Da die beiden Staatsmänner den Bruch vermeiden und sich Zeit lassen wollen, die Frage abzumindern, hätten sie es vorgezogen, Mittel und Wege zu suchen, um mit ruhigerer Kopie die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Angeht es die großen Abstände sei es schon heute sehr zweifelhaft, daß England und Frankreich durch ein gemeinsames Abkommen die Frage der Teilung Oberschlesiens regeln können. Die beiden Ministerpräsidenten werden sich heute vormittag wiedersehen und dann wird man aufklären können. Sowie sie hier, wenn es eine Möglichkeit gebe, die Einseit der Ministerien aufzuerhalten, würde sie hierher ergriffen werden. Lloyd George würde nicht Paris verlassen, ohne die Zurückzusagen. Der „Matin“ sagt noch, das Ende des Obersten Rates sei zweifellos nahe und die Frage von Oberschlesien werde nicht mehr behandelt werden. Lloyd George habe nicht die Absicht, deshalb wieder nach Paris zu kommen.

Lloyd George verläßt Paris.

Saras berichtet, daß man in den englischen Kreisen der Konferenz verärgert, Lloyd George habe die Absicht, heute mittag Paris zu verlassen. Er sei genötigt, am Sonnabend in London zu sein, um mit seinen Ministerkollegen über die irische Frage zu beraten. Die Nachrichten, die er im Laufe des Abends durch Flugzeuge aus London erhielt, hätten, wie es scheint, nicht so alarmierend, wie man zuerst geglaubt hat, jedoch von einer solchen Bedeutung, daß sich ein baldiger Zutritt des Kabinetts notwendig ermeilt. Zweit war das Gerücht verbreitet, daß die gesamte englische Delegation mit ihrem Chef abreisen werde. Nach eingegangenen Erkundigungen erfuhr man aber, daß Lord Curzon mit den Sachverständigen in Paris bleibt, um die Fortsetzung der Verhandlungen und die Erzielung der Tagesordnung sicherzustellen. Lloyd George habe eine neue Demarkationslinie an der polnischen Grenze vorgezeichnet, die Briand den französischen Sachverständigen vorgelegt habe. Nach eingehender Besprechung mit den britischen Ministern, sind Briand und Loucheur nach dem Ministerium des Aeußeren zurückgekehrt, wo sie sich mit den französischen Sachverständigen für Oberösterreich beraten.

Keine deutsch-polnischen Verhandlungen.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Verschiedene Blätter bringen heute die Meldung der Chicago Tribune, daß unmitteibar geheime Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Oberösterreichischen Kattegaten hätten und daß England einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen solchen auf Polen ausgeübt habe. Zwischen diesen beiden Vätern eine unmittelbare Übung der oberösterreichischen Frage herbeizuführen. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, entsprechen alle diese Meldungen jeder Grundlage und sind völlig aus der Luft gegriffen. Der Reichsanwalt hat zu wiederholten Malen und zuletzt in seinem Interim am 8. August mit dem Vertreter des Anwohns Bioralske seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland unannehmbar sei. Er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regierung, wie dies bereits in der Note an die alliierten Mächte vom 1. April gezeichnet ist, bereit und willens ist, nach Lösung der oberösterreichischen Frage den wirtschaftlichen Aufbau Polens in jeder Weise zu fördern. Es hat aber ausdrücklich hervorgehoben, Voraussetzung hierfür sei, daß von polnischer Seite das Streben nach unerschöpflichen Zielen fortsetze.

Englisches Kapital in Oberschlesien.

Die Post-Ztg. gibt eine Havasmeldung aus Beuthen wieder, wonach in Erwartung der Teilung des Industriegebietes englische Kapitalisten Eremittien in Berlin, was den Teil der oberösterreichischen Industrieerträge zu sichern. Aus dem Industriegebiet wird berichtet, daß Beamtragte englischer Syndikate Schritte unternehmen, um sich in den Besitz von wichtigen industriellen Anlagen zu setzen. Es seien Besprechungen im Gange, die den Erwerb mehrerer Gruben im Bezirk Rybnit durch englische Kapitalisten zum Ziele haben.

Vorbereitungen in Berlin.

Zu der amtlichen Meldung, daß der Reichsstatthalter den Reichstagspräsidenten Loeb und den Vorliegenden des Reichstagsauschusses für auswärtige Angelegenheiten Dr. Stresemann telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gerufen hat, erfahren die Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß es sich bei dieser Besprechung um eine Erörterung der politischen Gesamtlage handeln werde, deren Ernst die Reichsregierung veranlaßt habe, mit den beiden berufenen Vertretern des Parlamentes möglichst enge Fühlung zu nehmen. Laut D. A. Z. sei es aber zum mindesten verfröh, hieraus auf eine sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses oder sogar des Reichstages schließen zu wollen.

Aufhebung der Einfuhrzölle für Brotgetreide.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beschäftigt sich eine Besprechung mit Vertretern für Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie mit der Frage der zeitlichen Aufhebung der bestehenden Einfuhrzölle für Brotgetreide, die von den Vertretern gewünscht wurde. Die ministerielle Entscheidung soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Die neue Teuerungswelle.

In zweitägigen Verhandlungen der Bochumer Vertreter der Bergarbeiterverbände mit dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsministerium in Berlin wurde die Frage des Lohnausgleichs im deutschen Bergbau besprochen. Grund zu den Verhandlungen hat die neue Teuerung der Lebenshaltung, vor allem die Brotteuerung, Es wurde eine für das ganze deutsche Reich gleichmäßige Lohnerhöhung verlangt. Veranlaßt durch die täglich steigenden Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände beschloß laut Franz. Volksstimme eine Vertrauensmännerverammlung aller in

